

Antrag	Vorlage-Nr:	VO/2016/7396		
	Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich		
Bündnis gegen Schwarzarbeit / CDU-Fraktion				
Beratungsfolge:				
Gremium	Datum	Sitzungs- art	Zuständigkeit	TOP- Nr.
Verwaltungsausschuss	30.08.2016	N	Vorberatung	
Rat der Stadt Osnabrück	30.08.2016	Ö	Entscheidung	

Beschluss:

Der Rat der Stadt Osnabrück begrüßt ein Bündnis gegen Schwarzarbeit der Stadt mit dem Hauptzollamt Osnabrück.

Die Verwaltung wird gebeten, eine gemeinsame Erklärung vorzubereiten, die die Kooperation von Stadtverwaltung und Hauptzollamt weiter ausbaut. Beide Seiten sollen ihre Erkenntnisse über Rechtsverstöße und Auffälligkeiten regelmäßig austauschen und auf vermehrte Aufklärung über die Negativfolgen der Schwarzarbeit setzen.

Dem Ausschuss für Feuerwehr und Ordnung sowie dem Vergabebeirat ist zeitnah zu berichten.

Begründung:

Im Interesse aller ehrlichen Steuer- und Abgabenzahler Osnabrück, muss Wettbewerbsverzerrung durch Schwarzarbeit bekämpft werden. Illegale Beschäftigung schädigt auch Stadt, Staat und Sozialversicherungen. Arbeitsplätze sind in Gefahr, wenn Betriebe, die sich an Gesetze und Tarifverträge halten, gegenüber illegaler Niedriglohnkonkurrenz keine faire Chance haben.

Der Landkreis Vechta hat jetzt in einer gemeinsamen Erklärung ein Bündnis gegen Schwarzarbeit mit dem Hauptzollamt Osnabrück geschlossen. Sicher werden die Schwerpunkte eines solchen Bündnisses in Osnabrück anders sein als im Landkreis Vechta. Eine stärkere Zusammenarbeit, um Synergieeffekte und Effizienzsteigerung zu erreichen, ist aber auch in unserer Stadt notwendig.

Diese Notwendigkeit zeigen auch die Aktivitäten auf Bundesebene:

Gemeinsam haben das Bundesministerium der Finanzen, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften der besonders betroffenen Wirtschaftszweige Bündnisse gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung geschlossen. Bundesweite Bündnisse gibt es derzeit in der Bau- und in der Fleischwirtschaft, in der Gebäudereinigung, im Speditions-, Transport- und Logistikgewerbe, im Maler- und Lackiererhandwerk, in der Textilreinigung/Textil Service, im Elektrohandwerk, im Gerüstbauer-Handwerk, sowie im Friseurhandwerk. Wichtig hierbei ist unter anderem die Mitarbeit von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften. Diese erhöhen die Akzeptanz der staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung.

Der Inhalt der Vorlage unterstützt folgende/s strategische/n Stadtziel/e:

nicht zutreffend

gez. Dr. E. h. Fritz Brickwedde
CDU-Fraktionsvorsitzender

